

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Telefon Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Postamt Riesa Nr. 82.

Nr. 220.

Freitag, 19. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Neuwilliger Rabatt zuzüglich, wenn vor Vertrag versetzt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das diplomatische Frühbild in Genley.

Von unserem Berliner Vertreter.

Während der Londoner Konferenz waren die deutschen Hauptdelegierten Reichsanwalt Dr. Marx, Außenminister Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Luther bei dem englischen Völkerbündlungsdelegierten Lord Barmoor auf dessen Einladung in Genley zu einem spontanen Frühbild eingeladen. Man unterhielt sich über verschiedene politische Probleme, und es wirkte absolut nicht besonders auffallend, daß der deutsche Völkerbündlungsdelegierte Dr. Stamer, der die englische Sprache besser beherrschte als die deutschen Regierungsbeamten, in der Hauptsache die Konversation führte. Inzwischen hatte man dieses Diplomatenfrühbild schon längst vergessen, als jetzt plötzlich sehr verdächtig wirkende Gerüchte eintreten, die die deutsche Außenpolitik in katastrophalster Weise schädigen. Minister Dr. Stresemann hatte in einer öffentlichen Erklärung zur Völkerbündlungsfrage behauptet, während der Londoner Konferenz habe mit ihm und dem Reichsanwalt niemand über das Völkerbündlungsproblem gesprochen. Daraufhin erklärte plötzlich der englische Völkerbündlungsdelegierte Lord Barmoor, er sei über diese Äußerung Dr. Stresemanns sehr erstaunt, denn in seinem eigenen Hause habe gelegentlich eines Frühbilds eine sehr ausführliche Unterhaltung zwischen ihm und dem anderen englischen Völkerbündlungsdelegierten Professor Murray einerseits und den deutschen Delegierten andererseits über die Völkerbündlungsfrage stattgefunden. In den Berliner politischen Kreisen rief diese Behauptung Lord Barmoors, die von Professor Murray bekräftigt wurde, peinliches Aufsehen hervor. Es war ganz zweifellos, daß Dr. Stresemann durch die englischen Delegierten in sehr eindeutiger Weise der Unwahrscheinlichkeit beschuldigt wurde, das Auswärtige Amt verheimlichte sofort ein Dementi. Nun geschah aber das Unglaubliche: Lord Barmoor und Professor Murray wiederholten beinahe in sehr bestimmter Form ihre Behauptung, sie hätten in ihrer Eigenschaft als Vertreter Englands beim Völkerbund mit den deutschen Staatsmännern über nichts anderes als die Völkerbündlungsfrage gesprochen! Das Auswärtige Amt hielt aber bei seiner Behauptung, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Es entsteht nunmehr die Frage, wer sagt die Wahrheit und wer lügt? Die deutsche Öffentlichkeit wird sich schwerlich damit begnügen können, wenn augenblicklich von halbamtlicher Seite erklärt wird, es liege möglicherweise ein Mißverständnis vor, indem Vorkonferenzen Dr. Stamer, der als Dolmetscher fungierte, die Erklärungen Lord Barmoors und Professor Murrays für sich behalten habe. Gewiß kann man nicht in aller Öffentlichkeit über interne diplomatische Vorfälle peinliche Erörterungen anstellen wollen, aber es besteht dennoch die dringende Notwendigkeit, hier völlige Klarheit zu schaffen.

In den unterrichteten Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes macht man darauf aufmerksam, daß die ganze Angelegenheit durch die englischen Mitteilungen in ein äussärlig falsches Licht gerückt worden ist. Es steht auch ganz außer Zweifel, daß man deutschseits mit der Erklärung über die Völkerbündlungsfrage mehr zu sagen beschuldigt, als lediglich eine Ignorierung der angeblichen Völkerbündlungsdelegation in Genley. In Wirklichkeit kam es dem Außenminister darauf an, die Tatsache hervorzuheben, daß auf der Londoner Konferenz über die Völkerbündlungsfrage nichts gesprochen worden ist, was für die deutsche Regierung von Wichtigkeit gewesen wäre. Die englische Regierung bemüht sich seit mehr als einem halben Jahre, der deutschen Regierung die Zweckmäßigkeit eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund einzureden, aber sie verhält dabei völlig die wichtigste Seite des Problems, die in der Wahrnehmung der wichtigsten politischen Interessen Deutschlands besteht. Es genügt nicht, wenn England betont, Deutschland werde zum Völkerbund zugelassen und brauche nur ein Verzicht um seine Zulassung an die Völkerbündlungsmitglieder zu richten. Deutschland beansprucht als gleichberechtigtes Mitglied mit Eig und Stimme im Völkerbündlungsrat zugelassen zu werden und lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, eine neuerliche feierliche Verpflichtung zur Erfüllung des Versailleser Friedensvertrages einzugehen. Solange diese grundlegenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kann die Reichsregierung auf irgendwelche unverbindlichen Besprechungen mit den englischen Völkerbündlungsdelegierten keinen Wert legen. Es erscheint außerordentlich notwendig, dies den englischen Völkerbündlungsdelegierten entgegenzusetzen, um sie davon zu überzeugen, daß das Frühbild in Genley nicht so verlaufen ist, wie es hätte verlaufen müssen, wenn Deutschland wirklich den ersten Antrag erlassen soll, seinen Eintritt in den Völkerbund zu beverflichten.

Deutscher Kolonial-Kongress 1924.

Zweiter Tag.

Berlin, den 18. September 1924.

Heute wurden in der Universitäts-Veranstaltung des Kolonial-Kongresses fortgesetzt und am Vormittag wiederum Sitzungen der sechs verschiedenen Abteilungen abgehalten. In der Abteilung für koloniale Politik sprach Gouverneur von Neuhörsing über die deutsche Eingeborenen-Politik und legte die Grundsätze auseinander, nach denen Deutschland in erfolgreicher Weise die Eingeborenen behandelte. Nach ihm sprach der besonders über staatsrechtliche Verhältnisse gut orientierte Prof. Dr. Röbner über deutsche Kolonial- und Kulturpolitik in China.

In der Abteilung für koloniale Wirtschaft würdigte der frühere Angehörige der Kameruner Schutztruppe, Major von Stephan die Verdienste der Schutztruppe an der wirtschaftlichen und kulturellen Erziehung der Schutzgebiete. Der frühere Kommandant von Süd-West-Afrika

Dr. Müller schilderte die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich die dortigen Farmer jetzt befinden, und der ehemalige landwirtschaftliche Sachverständige in Ostafrika Ministerialrat Nittel beschäftigte sich mit der Plantagenwirtschaft in den deutschen Kolonien.

In der medizinischen Abteilung bildete die Malaria den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand. Der durch seine langjährige Tätigkeit in Kamerun bekannte Prof. Dr. Bismann sprach über die Kriegsmalaria, während Prof. Dr. Claus Schilling und Dr. Schanze gemeinsam die Behandlung der Malaria mit Malaria bestrahlen. Die Erfolge, welche in neuester Zeit durch Einimpfung von Malaria bei der früher als unheilbar angesehenen Gehirn-erweichung erzielt worden sind, machten diesen Vortrag besonders interessant. Nach ihm berichtete Dr. Gassenmann (Frankfurt/M.) über die Bekämpfung der Insekten- und Rattenplage durch Blausäure.

In der Abteilung für Mission und kulturelle Fragen sprach Prof. Weinhoff-Damburg über den Stand der amerikanischen Sprachforschung und Missionsdirektor Schreiber über koloniale Volkshilfsarbeiten. In der Abteilung für überseeische Siedlung sprach Prof. Wolf (Leipzig) an Hand von Lichtbildern einen Überblick über die Siedlung im überseeischen Steppengebiet, während Viktor Tausch sich über unsere Aufgaben in der Auswanderer-Fürsorge verbreitete.

Besonders vielseitig waren auch die Verhandlungen der geographischen Abteilung, in der Prof. Kaiser-München die Fortschritte in der geologischen Erkennung in Südafrika während der deutschen Kolonialität behandelte. Neben ihm berichteten Dr. Hermann-Leipziger über völkerrrechtliche Forschungen in den deutschen Kolonien und Prof. Schuler-Gera über belagerte und deutsche Kolonialantiquare. An fast alle Vorträge knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Der Nachmittag war wiederum der Vollversammlung gewidmet. In ihr sprach zuerst Geh. Rat G. H. Schmidt über die deutsche Siedlung in Lieberke. Es wies darauf hin, welche Bedeutung die Auswanderungsfrage gerade jetzt in der Zeit der Arbeitslosigkeit und der Beschränkung der Grenzen Deutschlands habe und daß es wünschenswert sei, alles daran zu setzen, die Auswanderer dem Deutschen Reich zu erhalten. Dies sei aber nur möglich, wenn man die Deutschen in eigene Kolonien unter eigener Staatsoberrhoheit ansiedeln könne. Nach ihm behandelte Prof. Dr. Götter (Hachen) die Bedeutung der deutschen Kolonialkartographie für die Wissenschaft, die deutsche Wirtschaft und die Kartographenwissenschaft selbst. Er wies darauf hin, daß das, was die deutsche Kolonialkartographie in der kurzen Zeit ihres Bestehens geleistet habe, wiederum ein Beweis deutscher Tüchtigkeit und deutscher Kolonialfähigkeit sei.

Den letzten Teil dieser Verhandlungen nahm ein Vortrag des Herrn Vicht über die wirtschaftliche Notwendigkeit eigener kolonialer Betätigung Deutschlands ein. Er gab einen Überblick über die gesamte deutsche Kolonialgeschichte, brandmarkte die Kurzsichtigkeit, die in der Benachteiligung des deutschen Kolonialwesens liegt, indem er die ruhmvolle deutsche koloniale Tradition vor Augen führte und auf die Aufgabe hinwies, die Deutschland aus wirtschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten in unentwickelten Kolonialländern zu erfüllen hat.

In seinem Schlusswort würdigte der Präsident des Kongresses die geleisteten Arbeiten und dankte allen Mitarbeitern, die sich in selbstloser Weise für die große nationale Arbeit zur Verfügung gestellt hätten.

Dem Kongress hatte die tropenmedizinische Abteilung eine Ausstellung angegliedert, aus der man erleben konnte, daß unsere Wissenschaft, obwohl aus den Schutzgebieten ausgewiesen, trotzdem jede Gelegenheit wahrnimmt, um zu zeigen, daß sie nach wie vor an diesen Problemen beteiligt ist und selbständig weiterarbeitet.

Am Freitag begannen in Völsdam die Verhandlungen der Deutschen Kolonial-Gesellschaft.

Koloniale Inverheit des Außenministers Stresemann.

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat an den in Berlin tagenden Kolonialkongress folgendes Schreiben gerichtet: „Ich habe mit Interesse den bisherigen Verlauf des Deutschen Kolonialkongresses 1924 verfolgt, der auf neue beweist, mit welcher ungeschwächten Kraft der deutsche koloniale Wille sich besonders auch in der deutschen kolonialen Wissenschaft lebendig erhalten hat. Das, was die deutsche koloniale Wissenschaft zum Segen der Menschheit geleistet hat, ist auch jenseits der Grenzen bekannt, und wenn, wie ich nicht zweifle, eines Tages Deutschland wieder zu kolonialer Mitarbeit berufen sein wird, so wird das deutsche Volk dies nicht zuletzt der rastlosen unermüdblichen Arbeit der deutschen kolonialen Wissenschaft zu verdanken haben.“ Der Präsident des Kongresses Gouverneur Dr. Seig sprach unter dem lebhaftesten Beifall des Kongresses die Hoffnung aus, daß die Erwartungen, die dieses Schreiben erwecken, in die Tat umgesetzt werden könnten.

Die Dawes-Fristen laufen vom 1. September.

(Berlin.) Auf Grund des Artikels 3, § 2 der Anlage III zu dem Schlussprotokoll der Londoner Konferenz hat die Reparationskommission in ihrer Sitzung am 1. September 1924 festgestellt, daß die für die Durchführung des Sachverständigenplanes erforderlichen deutschen Gelder in der von ihr abgeleiteten Fassung verstanden worden sind und der General-Kommission für Reparationszahlungen keine Tätigkeit an diesem Tage aufgenommen hat. Der 1. September 1924 Null Uhr hat sonach als der Tag zu gelten, an dem alle vorgezeichneten Fristen zu laufen beginnen. Es sind somit die in der Anlage III zum Londoner Schlussprotokoll vorgezeichneten Termine nicht 17 sondern 16 Tage auszuwählen.

Neue Instruktionen an den Botschafter von Hoeck.

Berlin. Der deutsche Botschafter in Paris von Hoeck weist dieser Tage in Berlin, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten über die Schritte, die er bei der französischen Regierung in der Frage der Freilassung der Gefangenen und der Rückkehr der Ausgewiesenen unternommen hat. Die Fortschritte, die bei den Koblenzer Verhandlungen in dieser Frage gemacht werden, sind immer noch sehr gering. Die französischen Delegierten machen offenbar für Entgegenkommen in der Freilassung der Gefangenen von deutschen Inhaftierten in wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen abhänig. Jedochmal, wenn von deutscher Seite ein Zugeständnis in Bezug auf den Räumungstermin der Rheinbahn und in Bezug auf Zollfragen gemacht worden ist, werden einige Gefangene freigelassen. Ueber die genaue Zahl der Gefangenen und Ausgewiesenen ist Sicherheit nicht zu erlangen. Die Reichsregierung hat nun den Botschafter von Hoeck angewiesen, in Paris dringlich zu betonen, daß Deutschland die Freilassung der Gefangenen und der Ausgewiesenen nicht zum Gegenstand von Handelsverhandlungen machen könne und daß man von der französischen Regierung erwarte, daß endlich in dieser Frage reiner Tisch gemacht werde. Man hatte in Paris dem Botschafter erwidert, daß erst nähere Berichte aus Koblenz abgewartet werden müßten, bevor weitere Schritte getan werden könnten. Der Botschafter hat nun von der Reichsregierung die Unterlagen bekommen, die ihn in Stand setzen, in Paris die Sabotage der französischen Delegierten in Koblenz nachzuweisen. Der Botschafter wird demnach wieder nach Paris gehen und von dem Erfolge seines Schrittes wird u. a. auch die Stellungnahme der Reichsregierung zur Völkerbündlungsfrage abhängen.

Die deutschnationalen Landesverbände vorstehend für den Eintritt in die Regierung.

Berlin. In der gestrigen Sitzung der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei hielt der Vorsitzende H. A. Dr. Orat ein ausführliches Referat über die politische Lage. Nach längerer Aussprache wurde seinem Vortrag entsprechend folgende Entschließung angenommen: Einmütig ist die Verurteilung der Vorkonferenzen der Landesverbände gemißt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Sie ist die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands im nationalen Sinne. Die Verurteilung billigt es, daß die Deutschnationalen Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, falls die Partei in dieser Richtung maßgebenden Einfluß erhält. Gelingt dies nicht, so muß die Partei in die härteste Opposition gegen die Reichsregierung eintreten.

Vorbereitungsmäßer zur Fortsetzung der Militärkontrolle.

(London.) Die Times meldet aus Berlin: Die Entente-Kontrollkommission sei mit der Unternehmung in Deutschland nicht vollkommen befriedigt. Sie anerkennt die lokale Unterstützung ihrer Arbeiten durch die deutsche Regierung, habe aber eine Reihe ernstlicher Ausstellungen zu machen, die einen sofortigen Abbruch der Kontrolltätigkeit in Deutschland unmöglich machten. Eine ähnliche Meldung, die auf eine Fortsetzung der Militärkontrolle in Deutschland vorbereite, drachte am Sonntag der Pariser „Matin“.

Eine gegenseitige Meldung.

London. (Zusatzdruck.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, nach Mitteilungen der britischen diplomatischen und militärischen Vertreter in Deutschland nehmen die von der internationalen Kontrollkommission geführten Untersuchungen ernstlicher Weise einen so glatten Verlauf, wie dies noch nie der Fall gewesen ist. Die Haltung der deutschen Militärbehörden sei bisher übereinstimmend offen und höflich gewesen. Es hätten sich keine unerwarteten Zwischenfälle ereignet.

Die Umstellung der Reichsbahn.

Der deutsche Vorstoß im Verwaltungsrat gefährdet?

Berlin. In der Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder der deutschen Reichsbahngesellschaft wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß nach dem Geleit der Vorsitzenden des Verwaltungsrats ein Deutscher sein muß. Wenn jetzt in der Presse die Nachricht auftaucht, daß ein Schweizer Bankier für diese Stelle ausgerufen sei, so wird man deutschseits daran leitenden müssen, daß dies nicht gegen den Sinn des Eisenbahngesetzes verstoßen werde.

Ueber die Frage, was nach der Umstellung der Reichsbahn aus dem Reichsverkehrsministerium werden soll, kann im Augenblick zwar noch nichts Bestimmtes gesagt werden, doch dürfte selbst nach Abgabe wichtiger Zweige des Reichsverkehrsministeriums als ziemlich umfangreiches Aufsichtsministerium bestehen bleiben. Besprechungen über diese Frage haben bereits stattgefunden, aber zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Wie weit später eine andere Abzweigung der einzelnen Abteilungen vorgenommen wird, steht noch nicht fest. Es dürfte auch an der Spitze des verbleibenden Ministeriums ein parlamentarischer Minister stehen. Im Augenblick ist noch ungewiß, wer das sein wird. Der jetzige Reichsverkehrsminister Defer dürfte, wie bereits mitgeteilt, der Generaldirektor der neuen Reichsbahngesellschaft werden und damit aus dem Kabinett ausscheiden.